

Robin Hahnel

## Plädoyer für eine partizipatorische Ökonomie

**D**ie neugierige Jane: Okay, du lehnt also den Kapitalismus ab. Aber was willst du denn stattdessen?

Eine moderne Antikapitalistin: Jedenfalls keinen bürokratischen Kommunismus im alten Stil!

Die neugierige Jane: Ja, gut ... aber was *willst* du denn nun?

Eine moderne Antikapitalistin: Ich will ein Wirtschaftssystem, das auf Wirtschaftsdemokratie, ökonomischer Gerechtigkeit und Solidarität beruht, ohne auf ökonomische Effizienz zu verzichten.

Die neugierige Jane: Wer will das nicht! ... Aber die Begriffe, die du nennst, werden ja unterschiedlich benutzt. Kannst du das konkretisieren?

Ein Befürworter der partizipatorischen Ökonomie: Ja, das kann ich – und du hast völlig recht, wenn du hier eine Klarstellung willst. Denn wegen der verschiedenen Auffassungen dieser Begriffe gibt es oft unterschiedliche Meinungen, wie man ein Wirtschaftssystem am besten organisiert. Mit *Wirt-*

*schaftsdemokratie* meine ich, dass die Entscheidungsbefugnisse, die jemand hat, dem Maß entsprechen, wie er oder sie von einer Entscheidung betroffen ist. *Ökonomische Gerechtigkeit* heißt, dass sich die Entlohnung nach Anstrengung oder Arbeitsaufwand bemisst. Unter *Solidarität* verstehe ich die Sorge um das Wohl der anderen. Und ökonomische *Effizienz* schließlich meint den Gebrauch knapper Produktionsfaktoren in sozial und ökologisch optimaler Weise. Dabei dürfen die hart erbrachten Arbeitsleistungen nicht verschwendet werden.

*Die neugierige Jane*: Das ist ja alles schön und gut ... Ich bin mir zwar nicht sicher, ob ich mich all deinen Definitionen anschließen würde, aber wenn wir das mal annehmen: Wie soll die Wirtschaft denn organisiert werden, um die von dir genannten Ziele zu erreichen?

\*\*\*

Das »Modell« einer partizipatorischen Ökonomie<sup>1</sup> ist die Antwort auf Janes letzte Frage. Es ist *keine* Antwort auf andere wichtige Fragen wie etwa: Was können wir kurzfristig im Hier und Jetzt tun, um den genannten Zielen näherzukommen? Oder, auf lange Sicht: Welche Strategie benötigen wir für einen erfolgreichen Übergang von der Ökonomie der

Konkurrenz und der Profitgier zu einer Ökonomie der fairen Kooperation? Das sind wichtige, aber ganz andere Probleme. Die partizipatorische Ökonomie ist eine kohärente Beschreibung eines voll entwickelten Systems der fairen Kooperation. Es ist weder eine Transformationsstrategie noch ein politisches Programm.

## **Eine partizipatorische Ökonomie**

Wirtschaftsdemokratie, Gerechtigkeit, Solidarität, Effizienz: Um diese Ziele zu erreichen, schlagen wir – ein wachsendes, weltweites Netzwerk von Leuten, die sich auf die partizipatorische Ökonomie als Alternative zum Kapitalismus beziehen<sup>2</sup> – eine Reihe von Institutionen und Verfahren vor. Die wichtigsten sind: 1. Die Entscheidungen treffen selbstverwaltete demokratische Räte von Produzent\*innen und Konsument\*innen, in denen jedes Mitglied eine Stimme hat. 2. Die Produzentenräte selbst richten Stellen ein, die im Hinblick auf Arbeitsplatzqualität und Mitwirkungsmöglichkeiten annähernd gleichwertig sind. 3. Die Vergütung erfolgt nach Arbeitsaufwand, so wie er von den Arbeitskolleg\*innen beurteilt wird. 4. Die Produktion wird durch ein partizipatorisches Planungsverfahren geregelt, also weder von einer zentralen Planungs-

instanz noch durch Märkte. Räte und Föderationen von Produzent\*innen und Konsument\*innen planen, überprüfen und verbessern laufend ihre Kooperation; der Maßstab dabei sind Effizienz, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich unterschiedliche Kritiker\*innen unseres »Modells« zu Wort gemeldet. Die einen waren schon mit unseren Zielvorstellungen nicht einverstanden. Andere hingegen teilten zwar die Ziele, widersprachen aber der einen oder anderen unserer Empfehlungen, wie sie umgesetzt werden könnten. Erik hat seine Einschätzung der partizipatorischen Ökonomie in dem Buch *Reale Utopien*<sup>3</sup> (auf den Seiten 351–366) vorgelegt. Wenn ich recht sehe, teilt er unsere Ziele, auch wenn sich erwartungsgemäß seine Ausformulierungen und Argumente in einigen Punkten von unseren unterscheiden. Am wichtigsten jedoch ist, dass er – anders als viele andere, die sich kritisch gegenüber der partizipatorischen Ökonomie geäußert haben – unsere Ansichten darüber zu teilen scheint, was ökonomische Gerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie bedeuten und erfordern.

Weiter befürwortet Erik wie wir eine Vergütung nach Arbeitsaufwand sowie den Versuch, möglichst gleichgewichtige Arbeitsplätze [*balanced jobs*] ein-

zurichten – wobei er Bedenken hat, inwieweit das letztlich möglich ist.

Zum ersten Punkt: Wir schlagen vor, dass jeder Produzentenrat seine eigenen Verfahren für die Einstufungen des Arbeitsaufwandes der Produzent\*innen [*effort ratings*] entwickeln kann. Diese Ratings sind Grundlage für die Konsumrechte in den Verbraucherräten. Wie die Komitees, die die Aufwandseinstufungen vornehmen, zusammengesetzt werden und welche Verfahren sie anwenden, das bleibt den jeweiligen Produzentenräten selbst überlassen.

Wir möchten betonen, dass die Vergütung in einer partizipatorischen Ökonomie nicht schon dann festgelegt oder ausgehandelt wird, wenn Produzentenräte neue Mitglieder anstellen. Jedem ist freigestellt, sich für die Mitgliedschaft in einem Produzentenrat seiner Wahl zu bewerben, und die Räte können frei entscheiden, wen sie aus dem Bewerberpool auswählen – unter strikter Beachtung von Anti-Diskriminierungsregeln, versteht sich. Da sich jedoch die Höhe der Vergütung nach dem Arbeitsaufwand bemisst, kann sie nur im Nachhinein festgelegt werden. Deshalb sind in einer partizipatorischen Ökonomie die Entscheidungen über Einstellungen völlig unabhängig von den Entscheidungen über die Höhe der Entlohnung.

Zum zweiten Punkt: Während manche Verfechter\*innen des Marktsozialismus die Selbstverwaltung auf der Basis von Stimmgleichheit der Arbeiter\*innen ablehnen, verteidigt Erik jene Modelle, die in der Arbeiterselbstverwaltung einen der wichtigsten sozialistischen Werte sehen.<sup>4</sup> Damit jedoch die formale Gleichberechtigung bei der Entscheidungsfindung im Arbeitsleben sich tatsächlich in gleiche Beteiligungschancen übersetzt, schlägt unser »Modell« vor – zusätzlich zum Prinzip »Ein Arbeiter, eine Stimme« –, die Arbeitsplätze als möglichst ausgewogene Tätigkeitsbündel zu definieren. Solange nämlich einige Mitarbeiter\*innen den ganzen Tag Fußböden fegen, während andere rund um die Uhr in Meetings sitzen, führen formal gleiche Rechte nicht zu wirklich gleichen Beteiligungsmöglichkeiten.

Wir Verfechter\*innen der partizipatorischen Ökonomie diskutieren zwar, wie Komitees zur Einrichtung von ausgewogenen Arbeitsfeldern im Groben funktionieren könnten, die Details bleiben aber den einzelnen Räten vorbehalten. Dabei ist mit einer großen Bandbreite von Möglichkeiten zu rechnen, wie Aufgaben so kombiniert werden, dass jeder Arbeitsplatz sowohl Entscheidungsbefugnisse als auch angenehme und unangenehme Tä-

tigkeiten umfasst. Im Gegensatz zu vielen anderen Marktsozialist\*innen, die ausgewogene Arbeitsplätze als ineffizient und als Verletzung von individueller wirtschaftlicher Freiheit ablehnen, scheint Erik mit uns einer Meinung zu sein: Die Einwände sind nicht überzeugend, und wirkliche Wirtschaftsdemokratie erfordert möglichst ausgeglichene Arbeitsplätze.

Während also viele Marktsozialist\*innen unsere Vorschläge, wie die Arbeit zu entlohnen und der Produktionsprozess zu organisieren sei, ablehnen, liegen die wichtigsten strittigen Punkte zwischen Erik und uns bei einem anderen Problem: wie nämlich die miteinander verbundenen Tätigkeiten der Produzenten- und Konsumenten-Räte am besten koordiniert werden können. Oder um es in der Sprache der Ökonom\*innen zu formulieren: Wie soll der »Allokationsmechanismus« der Wirtschaft aussehen?

## **Was ist partizipatorische Planung?**

Eriks Haupteinwand gegen das »Modell« der partizipatorischen Ökonomie gilt dem Vorschlag, den Markt durch ein Verfahren zu ersetzen, das wir »partizipatorische Planung« nennen. Hierbei ist jedoch der Unterschied zwischen einem langfristigen Ziel und einer Übergangsstrategie entscheidend. Ich

hatte noch nie die Illusion, dass wir die Märkte sofort zugunsten der partizipatorischen Planung abschaffen könnten. Das Marktsystem hat sich über mehrere Jahrhunderte stetig ausgeweitet und vertieft, und es findet leider die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Der von uns angestrebte Systemwechsel kann jedoch nur auf entschiedene demokratische Weise vonstattengehen, also erst, wenn eine deutliche Mehrheit das Marktsystem durch ein System partizipatorischer Planung zu ersetzen gewillt ist.

Deswegen muss, solange das Marktsystem fortbesteht, unsere Übergangsstrategie in erster Linie darauf abzielen, die Märkte zu »sozialisieren« – wie Erik und andere Verfechter\*innen der sozialistischen Marktwirtschaft es nennen –, um deren verheerende Auswirkungen einzugrenzen. Deswegen glaube ich, dass Befürworter\*innen der partizipatorischen Ökonomie mit Marktsozialist\*innen gut zusammenarbeiten können, wenn es darum geht, die Märkte im Hier und Jetzt zu »zähmen«. Mit anderen Worten: Meiner Ansicht nach besteht der Unterschied nicht darin, dass der Marktsozialismus für die Bändigung der Märkte kämpft, während die partizipatorische Ökonomie dies nicht tut. Der Unterschied ist vielmehr, dass Letztere die Märkte zähmen will, *bis eine*

*Mehrheit das Vorhaben unterstützt, sie durch etwas viel Besseres zu ersetzen, während der Marktsozialismus die Märkte zähmen will, um sie zu erhalten.*

Meine Argumentation für die letztendliche Abschaffung der Märkte gliedert sich in zwei Teile: 1. in den Nachweis, dass (und warum) auch gebändigte Märkte unerwünschte Folgen hätten; 2. in den Nachweis, dass es einen anderen, sowohl praktikablen als auch weniger problembehafteten Weg gibt, eine produktive Arbeitsteilung zu koordinieren. Ich kann den ersten Teil dieser »Anklage gegen die Märkte« zurückstellen, bis Erik dargelegt hat, warum er glaubt, dass die Beseitigung der Märkte völlig unnötig und auch nicht wünschenswert ist. An dieser Stelle erörtere ich nur den zweiten Teil: das *Wie* und *Warum* der partizipatorischen Planung. Der Einfachheit halber werde ich mich auf das jährliche partizipatorische Planungsverfahren beschränken – und dabei einige weit verbreitete Missverständnisse ausräumen.

## **Das Planungsverfahren**

Das jährliche partizipatorische Planungsverfahren erfolgt im Rahmen eines Investitionsplans. Darin ist bereits festgelegt, welche Investitionsgüter in

dem betreffenden Jahr produziert und wie sie verteilt werden, um die Kapazitäten der verschiedenen Branchen zum Jahresende zu erhöhen. Außerdem sind für das jeweilige Jahr bekannt: das nutzbare natürliche »Kapital« (z.B. fruchtbares Land), das vorhandene produzierte »Kapital« (z.B. Drehmaschinen) und das verfügbare menschliche »Kapital« (z.B. Arbeitsstunden von Schweißern).

Durch das partizipatorische Planungsverfahren wird nun ein umfassender jährlicher Produktions- und Konsumplan entworfen: Welche Produzentenräte nutzen welche Ressourcen, um welche Halbfabrikate herzustellen? Wie werden diese Zwischenprodukte an andere Produzentenräte verteilt, und welche Verbrauchsgüter werden schließlich an die Konsumentenräte geliefert?

Alle Produzenten- und Konsumentenräte und deren Föderationen machen Vorschläge, was sie in dem jeweiligen Jahr produzieren bzw. verbrauchen wollen (Eigentätigkeitsvorschläge [*self-activity proposals*]). Zudem gibt es einen Iterations-Unterstützungsausschuss<sup>5</sup> [*Iteration Facilitation Board*, IFB]. Dessen Funktion besteht darin, die aktuellen Opportunitätskosten<sup>6</sup> der verschiedenen Kapitalformen (natürliches, produziertes, menschliches Kapital) zu schätzen, ebenso die sozialen und ökologischen

Kosten der produzierten Güter und Dienstleistungen. Für Güter und Dienstleistungen, bei denen ein Nachfrageüberschuss besteht, erhöht das IFB seine »Richtpreise«, oder es senkt die Preise im Falle von Überangeboten. Daraufhin überarbeiten die Räte und Föderationen ihre Eigentätigkeitsvorschläge, bis ein realistischer Plan vorliegt: Nachfrage und Angebot von natürlichen Ressourcen, Sachkapital, Arbeitskapazitäten, Zwischenprodukten, Konsumgütern und Dienstleistungen sind dann im Gleichgewicht – unter Berücksichtigung ökologischer Belastungen.<sup>7</sup>

An den Entscheidungsprozessen partizipieren die einzelnen Arbeiter\*innen, indem sie den Produzentenrat bei der Formulierung und Revision der Produktionsvorschläge unterstützen. Die einzelnen Verbraucher\*innen partizipieren in ihrem Konsumentenrat durch: a) die Beantragung ihrer eigenen und die Genehmigung der individuellen Konsumwünsche anderer Verbraucher\*innen; b) die Entscheidung über öffentliche Güter auf lokaler Ebene; c) die Wahl der Delegierten für die Konsumentenföderationen, die für die Versorgung mit öffentlichen Gütern auf höheren Ebenen zuständig sind.

Jede Runde bei diesem iterativen Verfahren beginnt mit neuen, genaueren Schätzungen der Opportunitäts- und sozialen Kosten. Danach überar-

beiten die Räte und Föderationen ihre Vorschläge, wobei sie die Informationen auswerten, wie sich ihre Konsumwünsche auf andere auswirken; sie müssen ihre Vorschläge so lange überarbeiten, bis sie die Zustimmung der anderen Räte finden.

Die Kosten der Konsumwünsche – Güter und Dienstleistungen – der Mitglieder der Verbraucherräte werden ermittelt und mit ihren *effort ratings* abgeglichen. Wenn Letztere im gesellschaftlichen Durchschnitt liegen, sollte der Verbraucherrat Anspruch auf Waren und Dienstleistungen haben, deren Produktionskosten ebenfalls dem Durchschnitt entsprechen. Räte, deren Mitglieder höhere oder niedrigere *effort ratings* haben, sind zu Konsumansprüchen berechtigt, die über bzw. unter dem Durchschnitt liegen. Die im Planungsverfahren ermittelten Kosten der Güter und Dienstleistungen sind wichtige Informationen für die Konsumentenräte und Föderationen, um einschätzen zu können, welche Belastungen sie anderen auferlegen. Wichtig sind die Kostenberechnungen auch für die Räte, die Konsumwünsche von anderen genehmigen oder ablehnen müssen – denn nur aufgrund der ermittelten Kosten können sie entscheiden, ob Konsumanfragen berechtigt, also den *effort ratings* angemessen sind.

Produktionsvorschläge werden evaluiert, indem der geschätzte soziale Nutzen der Outputs mit den geschätzten sozialen Kosten der Inputs verglichen wird. In jeder Runde des Planungsverfahrens wird der soziale Nutzen durch die Multiplikation der Richtpreise der zu produzierenden Güter – unter Berücksichtigung ökologischer Belastungen – ermittelt und addiert. Analog dazu werden – ebenfalls auf Basis der Richtpreise – die sozialen Kosten der Inputs errechnet. Wenn nun der soziale Nutzen die Kosten übersteigt – die Nutzen-Kosten-Relation ist dann größer als eins –, kommt es voraussichtlich allen zugute, wenn der Produzentenrat seinen Vorschlag umsetzt. Wenn die Nutzen-Kosten-Relation kleiner als eins ist, gilt das Gegenteil – es sei denn, die Produktion bringt Vorteile, die mit Zahlen nicht zu erfassen sind.

Diese Vorgehensweise deckelt allzu ehrgeizige Pläne von Produzenten- und Konsumräten und reduziert sie auf realistische Größen. Verbraucherräte, die Konsumwünsche anmelden, welche ihre *effort ratings* übersteigen, müssen entweder die Menge der beanspruchten Güter reduzieren oder auf Produkte ausweichen, die geringere Kosten verursachen; nur so können sie mit der Zustimmung der anderen Räte rechnen. In ähnlicher Weise müssen

die Produzentenräte gegebenenfalls entweder ihren Arbeitsaufwand erhöhen, stärker nachgefragte Güter produzieren oder die Kosten der Inputs reduzieren, wenn ihre Produktionsvorschläge von den anderen Räten gebilligt werden sollen.

Indem Produzent\*innen und Konsument\*innen ihre Vorschläge in Reaktion auf aktuelle Informationen über die Opportunitäts- und sozialen Kosten optimieren, vermeiden sie die Reduzierung ihrer Konsumansprüche bzw. die Erhöhung ihres Arbeitsaufwandes – dadurch wird die ökonomische Effizienz gesteigert. Wenn weitere Korrekturen der Vorschläge nicht ausreichen, um die Zustimmung der anderen Konsument\*innen und Arbeitskolleg\*innen zu erhalten, müssen die Konsumansprüche verringert bzw. der Arbeitsaufwand erhöht werden – das kommt der ökonomischen Gerechtigkeit zugute.

In dem Maße, wie das iterative Planungsverfahren voranschreitet – die Konsum- und Produktionspläne werden in Übereinstimmung gebracht, und die geschätzten Kosten nähern sich den wirklichen Kosten an –, werden also zugleich Effizienz und Gerechtigkeit erhöht.

Weil die Schätzungen der Opportunitäts- und sozialen Kosten für alle zugänglich sind, kann jeder ermitteln, ob Konsum- oder Produktionsvorschläge

sozial verantwortlich sind. Eine zentrale Schiedsrichterstelle, die Vorschläge genehmigt oder ablehnt, ist deshalb überflüssig. Räte können stattdessen auf die Vorschläge anderer Räte mit »Ja« oder »Nein« reagieren – ohne zeitaufwendige Evaluierungen oder hitzige Auseinandersetzungen; nur wenige Ausnahmefälle bedürften wohl einer besonderen Prüfung.

Wir haben versucht zu zeigen, dass das partizipatorische Verfahren schließlich zu einem realisierbaren, optimierten Plan führt; und anders als in der Marktwirtschaft werden dabei auch externe Effekte wie Belastungen der Umwelt sowie die Ausweitung und Verbesserung öffentlicher Güter und Leistungen erfasst.<sup>8</sup>

Worauf läuft das Verfahren hinaus? Die Vorschläge der Produzentenräte bedeuten, dass Teile der produktiven Ressourcen, die der Allgemeinheit gehören, genutzt werden sollen. Eigentlich lautet der Antrag an die anderen Räte, mit denen sie durch kooperative Arbeitsteilung verbunden sind: »Wenn ihr uns gestattet, einen bestimmten Teil der Ressourcen, die uns allen gehören, als Input zu verwenden, dann versprechen wir, als Output die folgenden Produkte und Dienstleistungen für andere zu liefern.« Die Vorschläge der Konsumentenräte zielen im Gegenzug auf die Erlaubnis ab, Güter zu verbrau-

chen, deren Produktion Kosten verursachen wird. Im Grunde lautet ihr Antrag: »Wir glauben, dass die *effort ratings*, die wir von den Mitarbeiter\*innen erhalten haben, uns das Recht geben, Produkte und Dienstleistungen zu verbrauchen, deren Produktion gleichwertige soziale Kosten erzeugt.«

Die Planungsverfahren sollen aufzeigen, wann ein Produktionsvorschlag ineffizient und wann ein Konsumantrag unberechtigt ist – und sie ermöglichen anderen Räten, dann die Zustimmung zu verweigern. Aber die Überarbeitung der Eigentätigkeits-Vorschläge obliegt ausschließlich demjenigen Rat, der den Vorschlag eingebracht hat; nur er kann ihn zur Wiedervorlage in die nächste Runde des Planungsverfahrens einbringen. Dieser Aspekt unterscheidet das partizipatorische Planungsverfahren von allen anderen Planungsmodellen und ist unseres Erachtens für die Selbstverwaltung von Produzent\*innen und Konsument\*innen von entscheidender Bedeutung.

### **Anmerkungen**

- 1 Das »Modell« einer partizipatorischen Ökonomie wurde ursprünglich gemeinsam von Michael Albert und mir in den 1990er Jahren entwickelt und wird heute oft als »Parecon« bezeichnet. Ich vermeide diese Abkürzung, weil mir scheint, dass sie einen falschen Eindruck des

- Konzepts vermittelt und einen Dogmatismus fördert, der bei Diskussionen über einen Systemwechsel wenig hilfreich ist.
- 2 Das heißt selbstredend nicht, dass »wir« notwendigerweise in allen Detailfragen übereinstimmen oder immer einer Meinung sind, was kurzfristige Programme oder langfristige Übergangsstrategien angeht.
  - 3 Erik Olin Wright: Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin 2017.
  - 4 Das erste Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft haben Oskar Lange und Abba Lerner in den 1930er Jahren entwickelt; es sieht vor, dass die Unternehmensleiter durch den Staat ernannt werden – nicht durch einen selbstverwalteten Arbeiterrat. In den 1990er Jahren hat John Roemer eine andere Variante eines Manager-Marktsozialismus vorgeschlagen, in dem die Arbeiter\*innen in ihrem Betrieb ebenfalls nicht das Sagen haben. Allerdings plädieren die meisten Marktsozialisten für eine Arbeiterselbstverwaltung, so etwa Jaroslav Vanek und Branko Horvat in den 1960er Jahren oder David Schweickart und Michael Howard seit den 1980er Jahren. Auch Erik Olin Wright befürwortet nachdrücklich einen Marktsozialismus, der auf Arbeiterselbstverwaltung basiert.
  - 5 Iteration heißt ein Prozess mehrfachen Wiederholens ähnlicher Handlungen zur Annäherung an ein bestimmtes Ziel [Anm. d. Ü.].
  - 6 Opportunitätskosten quantifizieren entgangene Alternativen zur Nutzung vorhandener Ressourcen [Anm. d. Ü.].
  - 7 Über die angebliche Notwendigkeit von Supercomputern und modernen Informationstechnologien für eine partizipatorische Ökonomie ist viel geschrieben worden – das meiste davon ist schlichtweg falsch. Das IFB etwa

benötigt nicht mal einen leistungsfähigen Computer. Es addiert und vergleicht lediglich Angebot und Nachfrage für die natürlichen Ressourcen, die einzelnen Kategorien der Arbeit, die verschiedenen Kapitalformen, Waren und Dienstleistungen und Umweltbelastungen. Dazu braucht es keinen Supercomputer, dafür reicht ein Rechenschieber! Auch die Akteure im Planungsverfahren machen kaum mehr, als Richtpreise zu multiplizieren und zusammenzurechnen, um die sozialen Kosten von Konsumansprüchen und den sozialen Nutzen von Produktionsvorschlägen berechnen zu können. Auch das erfordert keine fantastischen Computerkapazitäten.

Moderne Technologien sind allerdings hilfreich, um im Rahmen der partizipatorischen Ökonomie schnell auf Veränderungen zu reagieren, die sich im Laufe des Jahres bei den Planungsdaten ergeben können. EDV-basierte Warenwirtschaftssysteme und Echtzeit-Daten in den Lieferketten – in der globalen Ökonomie von heute schon Realität – erleichtern Anpassungen an veränderte Zahlen.

- 8 Solche technischen Fragen werden u.a. erörtert in: Michael Albert / Robin Hahnel: *The Political Economy of Participatory Economics*. Princeton 1991, Kapitel 5. Dies.: »Socialism as It Was Always Meant to Be.« In: *Review of Radical Political Economics*, 24, 3&4, Herbst/Winter 1992, S. 46–66. Dies.: »Participatory Planning«. In: *Science & Society*, 56, 1, Frühjahr 1992, S. 39–59. Auf Deutsch liegt vor: Michael Albert: *Parecon. Leben nach dem Kapitalismus*. Frankfurt/M. 2006 [Anm. d. Ü].

Kapitel 1 aus: Robin Hahnel / Erik Olin Wright:

**Alternativen zum Kapitalismus.** Vorschläge für eine demokratische Ökonomie.

ISBN 978-3-86505-734-1 © 2021 Bertz + Fischer Verlag | [www.bertz-fischer.de](http://www.bertz-fischer.de)